

Antrag

der Abgeordneten Hartmut Büttner (Schönebeck), Dr. Paul Krüger, Günter Nooke, Ulrich Adam, Manfred Grund, Manfred Kolbe, Erich Maaß (Wilhelmshafen), Michael Stübgen und der Fraktion der CDU/CSU

Einsatz von Bildauswertungssystemen bei der Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Unterlagen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den letzten Tagen der DDR hat das MfS versucht, im großen Stil belastende Akten zu vernichten. Auf welche Größenordnung sich der Anteil des endgültig vernichteten Materials beläuft ist unklar. Die Menge der zerrissenen und vorvernichteten Unterlagen beläuft sich derzeit auf 15 000 Säcke mit ca. 33 Millionen Blatt.

Es wurde in den letzten Tagen der DDR versucht, neben Daten zu Oppositionellen vor allem solche Unterlagen zu vernichten, die Personen betrafen, die damals in Funktionen im Machtapparat der DDR waren.

Derzeit arbeiten 40 Mitarbeiter einer Projektgruppe in Zirndorf/Bayern daran, die zerrissenen Seiten wieder manuell zusammenzusetzen. In jahrelanger Arbeit ist es immerhin gelungen, ca. 350 000 Einzelblätter so zusammenzusetzen, dass diese für die einzelnen Zwecke des Stasi-Unterlagengesetzes genutzt werden können. Wenn das derzeitige Tempo der Rekonstruktion beibehalten wird, ist erst in 375 Jahren mit einem Abschluss der Aktion zu rechnen.

Die sich bietenden technischen Möglichkeiten sollten genutzt werden, um den Erschließungszeitraum auf ca. fünf bis zehn Jahre zu verkürzen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

zur beschleunigten Erschließung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR zukünftig in stärkerem Maße als bisher neue technische Möglichkeiten zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, welche technischen Möglichkeiten z. B. der modernen Bildverarbeitung bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) genutzt werden können, um insbesondere die Rekonstruktion von vorvernichteten Unterlagen erheblich zu beschleunigen. Wegen des zu erwartenden Neuheitsgrades der angestrebten Lösung sollen in einem mehrstufigen Ausschreibungsverfahren, welches auch die Erstellung eines Prototypen beinhalten soll, die technisch-ökonomischen Rahmenbedingungen eines entsprechenden Projektes schrittweise präzisiert und letztlich an den günstigsten

Anbieter vergeben werden. Dabei sind vor allem Kriterien wie Rekonstruktionszeitraum, Qualität und Zuverlässigkeit zu beachten.

In den Entscheidungsprozess ist der Deutsche Bundestag einzubeziehen.

Berlin, den 4. Juli 2000

Hartmut Büttner (Schönebeck)

Dr. Paul Krüger

Günter Nooke

Ulrich Adam

Manfred Grund

Manfred Kolbe

Erich Maaß (Wilhelmshafen)

Michael Stübgen

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion